



**Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU)**, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn  
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de), Homepage: [www.BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)  
Facebook: [www.facebook.com/BBU72](http://www.facebook.com/BBU72)  
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

## BBU-Newsletter

11. Jahrgang, Nummer 03 / 2014

### *Liebe Leserinnen und Leser,*

am 26. April jährt sich die Atomkatastrophe von Tschernobyl. 28 Jahre sind vergangen, doch die Folgen dauern an. Und so finden auch in diesem Jahr wieder Gedenkveranstaltungen, aber auch Protestveranstaltungen gegen den Weiterbetrieb von AKW und Atomanlagen, in Ost und West statt. Wichtige Terminhinweise dazu findet man z. B. unter <http://www.anti-atom-aktuell.de>. Ein weiterer wichtiger Termin: Das Bundestreffen der Anti-Fracking-Initiativen am 1. und 2. Mai in Hamburg; Infos dazu unter <http://bi-ffh.de/strategietreffen>. Viel positive Energie bei den täglichen Aktivitäten im Umweltschutz wünschen Euch der BBU-Vorstand, die BBU-Geschäftsstelle und die Newsletter-Redaktion.

## 1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

### Der BBU gratuliert Marianne Fritzen zum 90. Geburtstag

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V. mit Sitz in Bonn gratuliert der Atomkraftgegnerin und "Wendländerin" Marianne Fritzen zum 90. Geburtstag. Marianne Fritzen wurde am 7. April 1924 geboren und gilt als "Urgestein der Anti-Atomkraft-Bewegung".

Marianne Fritzen war in den 70er Jahren Mitbegründerin der Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, die sich bis heute gegen Atomanlagen im Bereich Gorleben (Wendland) und anderswo engagiert. Die BI Lüchow-Dannenberg gehört zu den Mitglieds-Initiativen des BBU. Die jetzt 90jährige Marianne Fritzen ist weiterhin aktiv und nimmt nach wie vor aktiv an Aktionen für ein Leben ohne Atomenergie teil. Trotz ihrer eher bescheidenen Art ist sie zu einer Galionsfigur der bundesweiten Anti-Atomkraft-Bewegung geworden. Ihr Engagement für ein Leben ohne Nukleargefahren motiviert inzwischen viele Generationen der Anti-Atomkraft-Bewegung. "Marianne Fritzen dürfte bundesweit die dienstälteste Atomkraftgegnerin sein. Ich bewundere ihr Durchhaltevermögen, das sie im Widerstand gegen die Castortransporte nach Gorleben immer wieder unter Beweis gestellt hat", so BBU-Geschäftsführerin Christine Ellermann.

Besonders wichtig ist dem Geburtstagskind die Aufarbeitung und Dokumentation der Geschichte der Anti-Atomkraft-Bewegung. Sie unterstützt das "Gorleben-Archiv", in dem der Widerstand gegen die Atomanlagen im Wendland seit den 70er Jahren dokumentiert wird. Marianne Fritzen ist bemüht, gerade jüngeren Aktiven in der Anti-Atomkraft-Bewegung zu vermitteln, dass im Wendland, aber auch bundesweit, zahlreiche Atomanlagen verhindert und gestoppt werden konnten.

"Marianne Fritzen gehört zu den Menschen, die der Anti-Atomkraft-Bewegung ein Gesicht geben", betont BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz und freut sich, dass Marianne Fritzen in all den Jahren ihrer Aktivitäten auch der Kontakt zum BBU immer wieder wichtig gewesen ist. Der BBU wünscht Marianne Fritzen weiterhin viel Kraft und Mut für den weiteren Widerstand gegen die Atomindustrie. Gleichzeitig wünscht der BBU der Jubilarin Gesundheit und genug Zeit und Ruhe für die Familie und für Hobbys. Der BBU wird sich weiterhin im Sinne des Engagements von Marianne Fritzen für den weltweiten und sofortigen Atomausstieg einsetzen.

Weitere Informationen über Marianne Fritzen und ihre Tätigkeitsfelder:

[www.boell.de/stiftung/ehrungen/ehrungen-4022.html](http://www.boell.de/stiftung/ehrungen/ehrungen-4022.html)

<http://book.coconutmedia.de/4-0-Film-Marianne-Fritzen-coconut-media.html>

[www.gorleben-archiv.de](http://www.gorleben-archiv.de)

[www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)

BBU-Pressemitteilung vom 07.04.2014



### Bitte spendet für die Aktivitäten des BBU!

Vor uns liegen viele Aufgaben und zur Finanzierung bitten wir um großzügige **Spenden**. Jeder Euro hilft! Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, Bankleitzahl 37050198, Kontonummer: 19002666. Spenden an den BBU sind steuerlich absetzbar. Informationen zum BBU-Spendenaufruf gegen Fracking unter <http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Fracking/BBU-Spendenaufruf%20Fracking.pdf>.

## 2. Themenbereiche

### Anlagensicherheit

#### **Großer Erfolg für Umweltverbände und Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlүder – Maßgeschneiderter Bebauungsplan für die Firma Bickhardt Bau ist vom Tisch**

Als großen Erfolg für die Umweltverbände und die Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlүder bezeichnet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die vor wenigen Tagen erfolgte Ablehnung der Aufstellung eines für die Firma Bickhardt Bau maßgeschneiderten Vorhaben bezogenen Bebauungsplans durch die Gemeindevertretung in Großenlүder. Damit wurde eine jahrelang erhobene Forderung der Umweltschützer erfüllt. Nun verlangen der BBU und die Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlүder, planungsrechtlich sicherzustellen, dass nicht nur der bisherige Anlagenbetrieb der Firma sondern auch vergleichbare Nutzungen unzulässig sind.

Vor vier Jahren hatte die Gemeindevertretung das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen. Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange erfolgte Mitte 2012. Bereits damals hatten der Ortsverband Großenlүder/Bad Salzschlirf des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und die Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlүder in einer 22-seitigen Stellungnahme dargelegt, dass der Bebauungsplanentwurf nicht mit deutschem und europäischem Recht in Einklang zu bringen ist. Gravierende Defizite wurden bei den Bereichen Immissionsbelastung, Naturschutz und Beachtung der europäischen Seveso-II-Richtlinie zum Schutz vor Störfällen festgestellt. Die Umweltorganisationen hatten den ersatzlosen Abbruch des Bebauungsplanverfahrens gefordert.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 02.04.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/02.041.14.html>

#### **BBU: Bauleitplanentwurf zum Biogaspark Großenlүder am Finkenberg bleibt bei Störfallproblematik weiter defizitär**

Als unzureichend und nicht den Vorschriften des Baurechts entsprechend bezeichnet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) den Planentwurf zur ersten Änderung des Vorhabens- und Erschließungsplan „Biogas-park Großenlүder am Finkenberg“. Dies hat er gegenüber der Gemeinde in einer ausführlichen Stellungnahme dargelegt. Auf Unverständnis der Umweltschutzorganisation stößt insbesondere die mangelnde Berücksichtigung der Störfallproblematik in Bezug auf die Schutzgüter der Natur. Mit Befremden stellt der BBU fest, dass der Informationsgehalt der Unterlagen hinsichtlich des Normalbetriebs im Vergleich zur vorgezogenen Information der Bevölkerung sogar noch gesunken ist.

Kerstin Desch-Wöhr, Vorstandsmitglied des BBU und Vorsitzende der Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlүder erklärt hierzu: „Obwohl die Kommune durch eine Stellungnahme des BBU auf die Störfallproblematik aufmerksam gemacht wurde, hat sie deren Ausmaß anscheinend immer noch nicht verstanden. Der gesamte Betrieb unterliegt der Störfall-Verordnung und muss einen Sicherheitsabstand zu den sensiblen Bestandteilen der Natur besitzen. Nach wie überschneidet sich das Betriebsgelände mit der Wasserschutzzone III eines Wasserschutzgebietes. Eine systematische Betrachtung der Freisetzung wassergefährdender Stoffe liegt jedoch nicht vor. Ein angemessener Abstand zum Wasserschutzgebiet existiert nach wie vor nicht.“

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 08.04.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/08.041.14.html>

### Artenschutz

#### **Wanderung: „Die Wahner Heide – artenreichstes Naturschutzgebiet in NRW“**

Für den 26. April 2014 lädt das Bündnis Heideterrasse e.V. zu einer Exkursion in die Wahner Heide ein. Das Bündnis ist eine Mitgliedsorganisation des BBU. Weitere Informationen zur Exkursion unter

[http://www.wahnerheide.net/veranstaltung.php?veranstaltung\\_id=253](http://www.wahnerheide.net/veranstaltung.php?veranstaltung_id=253).

### Atomindustrie

#### **AtomkraftgegnerInnen kritisieren Endlagersuche: Bundesregierung blendet Gronauer Uranmüll aus / Auch Hammer und Jülicher Atommüll außen vor / Neues Uranoxid-Zwischenlager in Gronau vor Eröffnung**

Anti-Atomkraft-Initiativen und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) kritisieren scharf die Endlagersuche der Bundesregierung: Weder die rasant wachsende Menge des Uranmülls aus der Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau noch die hochradioaktiven Brennelementekugeln aus den ehemaligen Hochtemperaturreaktoren in Hamm und Jülich sollen für die Endlagersuchkommission eine Rolle spielen. „Die Bundesregierung blendet den brisanten Atommüll aus NRW einfach aus, weil er nicht in die willkürlich von der Bundesregierung selbst festgelegten Suchschablonen passt – das macht die jetzige Endlagersuche sehr fragwürdig“, kritisierte Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Für den 18. April rufen Anti-Atomkraft- und Friedensinitiativen sowie der BBU zu einem Ostermarsch an der Gronauer Urananreicherungsanlage auf.

Sowohl die Entsorgung der hochradioaktiven Brennelementekugeln aus Hamm und Jülich wie des Gronauer Uranmülls ist völlig ungeklärt. Die Hammer und Jülicher Brennelementekugeln lagern derzeit in rund 450 Castoren im Zwischenlager Ahaus und im Forschungszentrum Jülich. Sie sollen nicht mit anderen Brennelementen endgelagert werden, eine Alternative wird aber nicht gesucht.

Andererseits soll der abgereicherte Uranmüll aus Gronau mit den bislang für Gorleben vorgesehenen abgebrannten Brennelementen endgelagert werden. Denn aus „wasserrechtlichen Gründen“ kann nach Angaben der NRW-Landesregierung abgereichertes Uran nicht zusammen mit schwach- und mittelradioaktivem Atommüll in einem Endlager untergebracht werden. Das Bundesamt für Strahlenschutz geht von nicht weniger als 100 000 m<sup>3</sup> Uranmüll aus, für die abgebrannten Brennelemente von einem Volumen von 29 000 m<sup>3</sup>. Die Bundesregierung vertagt das Thema Uranmüll jedoch und die NRW-Landesregierung will sich damit erst wieder „nach Annahmefähigkeit eines Endlagers“ beschäftigen, also frühestens in 20 Jahren.

„Der Umgang mit dem Gronauer Uranmüll ist grob fahrlässig. Bundes- und Landesregierung verdrängen das Problem, weil sie keine Lösung haben. Für einen echten Neustart bei der Entsorgung muss der gesamte Atommüllberg ins Visier genommen werden. Außerdem muss die Neuproduktion von Atommüll durch die sofortige Stilllegung der UAA Gronau gestoppt werden,“ so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Das Problem verschärft sich dadurch, dass in Gronau in Kürze ein neues Uranmüll-Zwischenlager für bis zu 60.000 Tonnen Uranoxid auf dem Gelände der UAA Gronau eröffnet werden soll. Die Lagergenehmigung ist zeitlich nicht befristet, sodass mit einer Dauerlagerung zu rechnen ist. Nach Angaben der Bundesregierung ist in Zukunft alle zehn Betriebsjahre in Gronau ein weiteres Uranmülllager notwendig, um den bislang unbefristeten Betrieb der UAA Gronau aufrechtzuerhalten. Gronau steuert auf ein Atommüll-Desaster zu.

#### **Quellen:**

- a) Bundestags-Drucksache 17/6954, Frage 203, 9. September 2011
- b) Bundestags-Drucksache 17/7777, 21. November 2011
- c) Bundestags-Drucksache 17/13598, 21. Mai 2013
- d) Bundestags-Drucksache 17/14668, 2. September 2013
- e) Landtags-Drucksache 15/3712, 4. Januar 2012
- f) Landtags-Drucksache 16/3181, 4. Juni 2013

Weitere Infos: [www.sofa-ms.de](http://www.sofa-ms.de), [www.urantransport.de](http://www.urantransport.de), [www.bbu-online.de](http://www.bbu-online.de), [www.ostermarsch-gronau.de](http://www.ostermarsch-gronau.de)

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 02.04.2014 (Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, BBU)

## **Urananreicherungsanlage Gronau stilllegen / Uranmüll-Dauerlager in Gronau verschärft**

### **Atommüllproblem**

Anti-Atomkraft-Initiativen, Umweltverbände und Friedensinitiativen forderten am heutigen Mittwoch bei einer Pressekonferenz von der Bundes- und Landesregierung NRW die sofortige Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau. Außerdem forderten sie, die noch in diesem Jahr bevorstehende Eröffnung des Atommüll-„Zwischen“-Lagers in Gronau zu stoppen. Dort sollen – bundesweit einmalig – bis zu 60.000 Tonnen Uranoxid ohne zeitliche Befristung gelagert werden. Atomkraftgegner befürchten deshalb die Entstehung eines oberirdischen Endlagers in Gronau.

„Die Urananreicherungsanlage Gronau ist eine zentrale Atomanlage in der Bundesrepublik Deutschland und der internationalen Atomindustrie. Sie kann den Uranbrennstoff für nahezu jedes zehnte Atomkraftwerk weltweit anreichern. Dennoch ist sie vom sogenannten Atomausstieg in der Bundesrepublik komplett ausgenommen. Wenn die Bundesregierung es mit dem Atomausstieg ernst meint, muss sie auch die Urananreicherung im eigenen Land beenden“, forderte Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und Mitglied im lokalen Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau.

„Die Atommüllproblematik wächst der Bundesregierung über den Kopf. Das neue Uranmülllager in Gronau verschärft die Problematik um den sicheren Verbleib von radioaktivem Abfall – auch, weil das Problem in die nächsten Generationen verschoben wird. Der Gronauer Uranmüll wird im Rahmen des neuen Standortauswahlgesetzes für die Bundesregierung nicht berücksichtigt – das ist unverantwortlich und verheißt für Gronau nichts Gutes,“ so Claudia Baitinger vom Arbeitskreis Atom des BUND NRW.

„Die Urananreicherung hat immer auch eine militärische Dimension. Sie ist der einfachste Weg zur Atombombe und selbst der abgereicherte Uranmüll wird noch für panzerbrechende Waffen genutzt. Mit dem gemeinsamen Ostermarsch in Gronau wollen wir deutlich machen, dass zu einer wirklichen Friedenspolitik zwingend der Ausstieg aus der Urananreicherung gehört,“ erklärte Joachim Schramm, Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) NRW.

„Völlig unverantwortlich sind auch die Verkaufspläne für die Betreiberfirma der Urananreicherungsanlage Gronau, die multinationale Urenco Ltd. Jeder Eigentümerwechsel bedeutet eine Weiterverbreitung der hochbrisanten Urananreicherungstechnologie. Die Bundesregierung muss mit ihrem Vetorecht diese Verkaufspläne stoppen. Die Devise muss lauten: „stilllegen statt verkaufen“, forderte Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Weitere Infos: [www.ostermarsch-gronau.de](http://www.ostermarsch-gronau.de), [www.bbu-online.de](http://www.bbu-online.de), [www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de), [www.sofa-ms.de](http://www.sofa-ms.de), [www.urantransport.de](http://www.urantransport.de), [www.nrw.dfg-vk.de](http://www.nrw.dfg-vk.de), [www.ostermarsch-ruhr.de](http://www.ostermarsch-ruhr.de)

Gemeinsame Pressemitteilung (leicht gekürzt) vom 09.04.2014. Herausgeber: Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU); BUND Nordrhein-Westfalen, AK Atom; Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen; Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen NRW; Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau; Sofortiger Atomausstieg (SOFA) Münster

## Urananreicherer Urenco mischt bei Endlagersuche mit

Der Urananreicherer Urenco, der mit seiner Urananreicherungsanlage Gronau zu einem der größten Atommüllproduzenten Deutschlands zählt, ist bei der von der Bundesregierung eingesetzten „Endlagersuchkommission“ durch den Top-Manager Gerd Jäger vertreten. Jäger gehört dem Direktorium von Urenco im Auftrag von Urenco-Miteigentümer RWE bereits seit 2001 an und bekleidet in dem Leitungsgremium die Funktion des „stellvertretenden Vorsitzenden“ (bei Urenco gibt es keine Trennung in Vorstand und Aufsichtsrat). Während Jäger bei RWE in den Ruhestand trat, ist er bei Urenco weiterhin in führender Funktion tätig. Der BDI hat den Atommanager Jäger nun für die Endlagersuchkommission benannt.

Die Personalie ist deshalb so brisant, weil nach Angaben der Bundesregierung der abgereicherte Urenco-Uranmüll aus Gronau eigentlich mit den hochradioaktiven abgebrannten Brennelementen zusammen gelagert werden soll. Herr Jäger ist also für den Beratungsauftrag der Bundesregierung klar befangen, zumal bislang weder er selbst noch der BDI Jägers führende Tätigkeit bei Urenco erwähnt haben.

„In der Öffentlichkeit verschweigt Herr Jäger gerne sein Urenco-Engagement, in Wirklichkeit ist er bei dem Urananreicherer eine zentrale Figur. Es hat mehr als ein Geschmäckle, dass Führungspersonal just der Firma, um deren Atommüll es bei der Endlagersuche auch gehen soll, mit am Tisch sitzt – ohne dabei die eigenen Interessen und eine mögliche Befangenheit zu offenbaren,“ erklärte Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

„Die sogenannte „Endlagersuche“ der Bundesregierung startet unter völlig falschen Vorgaben. Statt die Endlagerprojekte Gorleben und Schacht Konrad endgültig aufzugeben und die Atommüllproduktion umgehend einzustellen, werden riesige Mengen Atommüll – wie der Uranmüll aus Gronau – einfach ausgeklammert. Und dann wird in das Suchgremium auch noch verschleiert das Top-Personal der betroffenen Firmen eingeschleust. Wir fordern, dass die Bundesregierung einen klaren Strich unter den vermurksten „Neustart“ bei der Endlagersuche zieht und das Standortauswahlgesetz einkassiert“, so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und Mitglied im Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau. Weitere Infos: [www.ostermarsch-gronau.de](http://www.ostermarsch-gronau.de), [www.bbu-online.de](http://www.bbu-online.de), [www.sofa-ms.de](http://www.sofa-ms.de), [www.urantransport.de](http://www.urantransport.de),

Gemeinsame Pressemitteilung (leicht gekürzt) vom 14.04.2014. Herausgeber: Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU); Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen; Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau; Sofortiger Atomausstieg (SOFA) Münster

## Endlagerkommission: BUND im Alleingang

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschlands (BUND) hat am Wochenende beschlossen, an der umstrittenen Endlagerkommission teilzunehmen. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) bedauert diesen Schritt, mit dem der BUND von der gemeinsamen politischen Einschätzung abweicht, dass das bisherige Standortauswahlgesetz (StandAG) keine ausreichende Basis für eine Zusammenarbeit in der Atommüllfrage bietet.

BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: „So lange an Gorleben festgehalten wird, wird das tiefe Misstrauen in einen ehrlichen Neustart der Endlagersuche nicht zerstreut, auch wenn nun doch ein Umweltverband einen Platz in der Kommission einnimmt. Es geht den Gorleben-Befürwortern in der Industrie und in der Politik um eine nachträgliche Akzeptanzbeschaffung und nicht um einen ehrlichen Neubeginn bei der Atommülllagerung. Unter Tage in Gorleben wird derzeit nicht weitergebaut. Die Baustelle hat sich verlagert – nach Berlin. Deshalb mischen wir uns ein. Unsere Argumente sind stark und unsere Ausdauer nicht zu toppen. Wir streiten für das Ende der Atommüllproduktion und eine Debatte ohne Hinterlist. Dafür gehen wir weiter auf die Straße.“

Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 14.04.2014. Die BI ist eine Mitgliedsorganisation des BBU. Weitere Infos der BI unter <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>.

## 350 Personen beim Ostermarsch in Gronau gegen Atomanlagen und Atomwaffen und für gewaltfreie Konfliktlösungen - Auftakt der diesjährigen Ostermärsche

Im westfälischen Gronau haben am Karfreitag (18. April 2014) bei einem Ostermarsch rund 350 Personen an der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage (UAA) für die weltweite und sofortige Stilllegung aller Urananreicherungsanlagen, Atomkraftwerke und sonstiger Atomanlagen, sowie gegen die Herstellung und den Einsatz von Atomwaffen, demonstriert. Gleichzeitig wurde die Forderung nach gewaltfreien Konfliktlösungen zum Ausdruck gebracht. Zahlreiche Anti-Atomkraft-Initiativen, Umweltverbände und Friedensorganisationen hatten zur Teilnahme aufgerufen.

Der Ostermarsch in Gronau fand im Rahmen der bundesweiten Ostermärsche der Friedensbewegung statt. Gleichzeitig war der Ostermarsch in Gronau in Nordrhein-Westfalen die zentrale Auftaktveranstaltung des traditionellen Ostermarschs Rhein-Ruhr. Der Gronauer Ostermarsch fand zudem fast genau 28 Jahre nach der Atomkatastrophe in Tschernobyl statt (26. April 1986). Die Folgen der Tschernobylkatastrophe sind bis heute spürbar.

Die Gronauer Urananreicherungsanlage gehört zum internationalen Urenco-Konzern, dessen Anteile verkauft werden sollen. Kritisiert wird, dass mit dem Verkauf sensible Technik, die zur Atomwaffenproduktion genutzt werden kann, weitere Verbreitung finden würde. Statt des Verkaufs fordern die Anti-Atomkraft-Bewegung und die Friedensbewegung die sofortige Stilllegung der Anlage.



Der Gronauer Ostermarsch begann mit einer Auftaktkundgebung vor dem Haupttor der Urananreicherungsanlage. Anschließend führte er um die Urananreicherungsanlage herum und endete mit einer Abschlusskundgebung in der Nähe der neuen Uranmüll-Dauerlagerhalle an der Marienkapelle. Bei den Kundgebungen sprachen Stefan Kubel (Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen), Hannelore Tölke (Vorstandsmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgenerInnen NRW), Angelika Claussen (Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. / IPPNW), Dirk Seifert (Robin Wood) und Anthony Lyamunda (civil education is the solution for poverty and environmental management / CESOPE, Tansania). Bei der Abschlusskundgebung kamen noch spontan Martina Haase von der Aachener AKW-Nee-Gruppe und ein Vertreter der Osnabrücker Friedensinitiative zu Wort. Sie informierten über die Atomanlagen in Jülich und Belgien bzw. über die Situation in der Ukraine.

Udo Buchholz vom Vorstand des Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz zeigte sich nach dem Ostermarsch zufrieden: "Der Ostermarsch wurde gemeinsam von Anti-Atomkraft-Initiativen und Friedensorganisationen vorbereitet und es haben viele Menschen aus unterschiedlichen Organisationen teilgenommen. Gemeinsam wurde verdeutlicht, dass die Technik zur Urananreicherung im Kontext mit Uranabbau, Atommüll und Atomwaffen zu sehen ist. Die Landesregierung in Düsseldorf ist aufgefordert, der Anlage in Gronau endlich die Betriebsgenehmigung zu entziehen." Mit dem Gronauer Ostermarsch wurde insgesamt besonders folgenden Forderungen Nachdruck verliehen:

- Vernichtung und "Entsorgung" aller Atomwaffen und Uranmunitions-Bestände!
- Kein Verkauf des Urenco-Konzerns!
- Sofortige Stilllegung der Urananreicherungsanlagen in Gronau und weltweit!
- Verstärkte Förderung gewaltfreier Konfliktlösungsansätze!
- Sofortige Stilllegung aller Uranminen und Atomanlagen weltweit! Energiewende jetzt!

Ausführliche Informationen zum Gronauer Ostermarsch (der vollständige Aufruftext, eine Übersicht der unterstützenden Organisationen, Hinweise zur Anreise usw.) findet man im Internet unter [www.ostermarsch-gronau.de](http://www.ostermarsch-gronau.de). Weitere Informationen rund um die Themen Urananreicherung und Urantransporte unter [www.bbu-online.de](http://www.bbu-online.de), [www.uranstransport.de](http://www.uranstransport.de), [www.aku-gronau.de](http://www.aku-gronau.de), <http://www.stichtingvedan.nl>.

Der Ostermarsch in Gronau fühlt sich besonders mit den Ostermärschen im Ruhrgebiet und am Atomwaffenlager in Büchel (Rheinland-Pfalz) verbunden. Dieser beginnt am Ostermontag (21. April) um 14.00 Uhr im Gewerbegebiet Büchel. Informationen dazu unter <http://www.atomwaffenfrei.de/aktiv-werden/ostermarsch.html>. Gleichzeitig ruft der Trägerkreis des Gronauer Ostermarschs auch in anderen Regionen zur Unterstützung der Ostermärsche auf. Informationen zu den bundesweiten Ostermärschen unter <http://ostermarsch-ruhr.de> sowie unter <http://www.friedenskooperative.de>.

Mit Blick auf den kommenden Jahrestag der Tschernobylkatastrophe ruft der Trägerkreis des Gronauer Ostermarschs auch zur Teilnahme an den Mahn- und Gedenkveranstaltungen auf, die u. a. am 26. April an den AKW-Standorten Brokdorf, Neckarwestheim und Lingen stattfinden. Informationen dazu unter <http://akw-brokdorf-abschalten.de> und unter <http://www.anti-atom-aktuell.de/aktuelles/termine.html>. Gemeinsame Pressemitteilung vom 19.04.2014. Herausgeber: Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

## **28 Jahre Tschernobyl**

Zum 28. Jahrestag der Atomkatastrophe rufen wir wieder zu einer Mahnwache auf. Mit Fukushima und Tschernobyl gibt es inzwischen zwei Regionen auf der Welt, die durch atomare Katastrophen unbewohnbar geworden sind. Wir wollen unsere Solidarität mit den betroffenen Menschen zeigen und der Forderung nach dem vollständigen Atomausstieg und einer konsequenten Energiewende Nachdruck zu verleihen. Die Mahnwache findet statt am Samstag, 26. April von 11:30 bis 12:00 Uhr auf dem Kirchplatz in Mosbach. Initiative AtomErbe Obrigheim / [www.atomerbe-obrigheim.de](http://www.atomerbe-obrigheim.de). Weitere Termine zum Tschernobyljahrestag unter <http://www.anti-atom-aktuell.de>.

## **EnBW-Hauptversammlung am 29. April**

Am Dienstag, 29. April 2014 findet die diesjährige Hauptversammlung der EnBW ab 10:00 Uhr im Kongresszentrum Karlsruhe, Stadthalle am Festplatz statt. AKW-GegnerInnen rufen für diese Tag ab 08:00 Uhr zu einer Mahnwache vor der Stadthalle auf, um gegen die atomaren und fossilen Geschäfte des Konzerns zu protestieren und um die dezentrale und regenerative Energiewende, ohne die vier Atomkonzerne, einzufordern.

Quelle und weitere Infos:

<http://neckarwestheim.antiatom.net/termine/details/625-mahnwache-vor-der-enbw-hauptversammlung-karlsruhe>

## **Energiewende**

### **Bundesweite Energiewende-Demo am 10. Mai in Berlin**

Die Bundesregierung plant einen Generalangriff auf die Energiewende. Kurz bevor sich das Ringen zwischen Bundesregierung und den Bundesländer um die EEG-Novellierung entscheidet, demonstrieren wir im Regierungsviertel in Berlin für eine Energiewende die ihren Namen verdient und fordern die Verhandlungspartner auf die Energiewende nicht kentern zu lassen.

Aus dem Aufruf zur Demo; weitere Infos unter <http://energiewende-demo.de>.

## Fracking

### **BBU fordert von Bundes-Umweltministerin Hendricks ein unzweideutiges Bekenntnis zu einem Fracking-Verbot**

Als Sturm im Wasserglas bezeichnet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) das Aufsehen, das die neuesten Äußerungen von Bundes-Umweltministerin Hendricks zum Fracking hervorgerufen haben. Während



öffentlichkeitswirksam von einem „Fracking-Verbot“ gesprochen wird, entpuppen sich die Aussagen der Umweltministerin bei näherem Hinsehen lediglich als ein Plädoyer für eine Fracking-Regulierung. Der BBU fordert die Umweltministerin daher auf, statt einer Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes gemeinsam mit Wirtschaftsminister Gabriel einen Entwurf für ein ausnahmsloses Fracking-Verbot vorzulegen.

Oliver Kalusch vom geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt zum Vorstoß von Frau Hendricks: „Die verbale Absage der Bundes-Umweltministerin an Fracking bleibt folgenlos. Statt den Entwurf eines ausnahmslosen Fracking-Verbots vorzulegen, will die Ministerin lediglich die Rahmenbedingungen festlegen, unter denen gefrackt werden darf. Festgeschrieben werden soll nur ein Verbot des Einsatzes umwelttoxischer Substanzen. Um welche Substanzen es sich hierbei handelt, ist unklar. Das Chemikalienrecht kennt diesen Begriff nicht. Wir fordern Frau Hendricks auf, die Pläne von Altmaier und Rösler aus der letzten Legislaturperiode nicht wieder aufzuwärmen, sondern ein unzweideutiges Bekenntnis zu einem ausnahmslosen Fracking-Verbot abzugeben.“

Der BBU fordert daher die Aufnahme eines neuen Paragraphen in das Bundesberggesetz. Der neue § 49a „Verbot der Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschätzen mittels Hydraulic Fracturing“ soll lauten: „Die Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschätzen mittels Hydraulic-Fracturing ist verboten.“ Nur durch eine derartige Formulierung wird den Interessen der zahlreichen Bürgerinitiativen in der gesamten Republik entsprochen, die engagiert gegen Fracking kämpfen.

**Die Anti-Fracking-Initiativen treffen sich am 1. und 2. Mai in Hamburg-Bergedorf zu einem bundesweiten Strategietreffen, um weitere Aktionen gegen Fracking zu organisieren. Interessierte Anti-Fracking-Initiativen finden weitere Informationen dazu unter <http://bi-ffh.de>. BBU-Pressemitteilung vom 02.04.2014**

## Gewässerschutz

### **Flyer: „Sand- und Kiesindustrie baggert ohne Rücksicht auf zukünftige Generationen“ erschienen**

(VSR) Damit die Sand- und Kiesindustrie weiterhin Auskiesungsflächen in möglichst großem Umfang genehmigt bekommt, wird die Folgenutzung von Baggerseen besonders positiv dargestellt. Die nach Jahrzehnten entstehende Eutrophierung und Massenentwicklung von Blaualgen werden negiert. Auch die fehlenden Schutzschichten des Grundwassers werden verharmlost und stattdessen sogar von einer Grundwasserreinigung im Baggersee gesprochen. Der VSR-Gewässerschutz beleuchtet mit dem Flyer: „Sand- und Kiesindustrie baggert ohne Rücksicht auf zukünftige Generationen“ kritisch die Argumente der Kiesindustrie. Der Flyer kann von der Homepage des VSR-Gewässerschutz abgerufen werden. <http://www.vsr-gewaesserschutz.de/56.html>

Wer die Möglichkeit sieht den Flyer zu verteilen, kann diesen per e.mail in der Geschäftsstelle des VSR-Gewässerschutz anfordern. [geschaeftsstelle@vsr-gewaesserschutz.de](mailto:geschaeftsstelle@vsr-gewaesserschutz.de)

Der VSR-Gewässerschutz ist eine Mitgliedsorganisation des BBU

### **Online-Petition gegen die Elbvertiefung**

Die Hamburger Bürgerinitiative "Hamburg für die Elbe" hat auf ihrer Webseite eine

[Online-Petition gegen die Elbvertiefung](#) gestartet. Das Regionale Bündnis unterstützt die Petition und bittet um Veröffentlichung, Teilnahme und Weiterleitung dieser Information.

Weitere Informationen zum Schutz der Elbe unter <http://www.wir-brauchen-keine-elbvertiefung.de/>.

### **Ölfunde bei Gronau – Salzstock undicht?**

Bei Gronau wird seit Jahren Salz gewonnen. In den leeren Kavernen wird Öl und Gas gespeichert. Alles sollte dicht sein... Jetzt kommt Öl an die Erdoberfläche. Mehr dazu unter

<http://www1.wdr.de/studio/muenster/themadestages/tt-woherkommendieoellachen100.html>. Kontakt und weitere Infos: BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz (Gronau), 02562-23125.

**Impressum: BBU-Newsletter Nr. 03 / 2014**, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.05.2014. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: [Buchholz@bbu-bonn.de](mailto:Buchholz@bbu-bonn.de). In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.